



Verantwortung
ERDE

35/2021

Fraktion ERDE
Verantwortung Erde
Willroiderstraße 9
9500 Villach

An den
Magistrat der Stadt Villach
Rathaus
9500 Villach

27. - 16⁵⁶ H

Villach, am 02.07.2021

Selbstständiger Antrag an den Gemeinderat gemäß Paragraph 41 Villacher Stadtrecht:

„Transparente Ausschuss-Sitzungen für Bürger:innen zugänglich machen“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Villacher Stadtrecht sieht derzeit vor, dass Ausschusssitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten werden und dass Ausschussinhalte der Vertraulichkeit unterliegen.

So heißt es im §79, Absatz 6 des Villacher Stadtrechts unter anderem:

„Die Sitzungen des Ausschusses sind nicht öffentlich. Mitteilungen an die Öffentlichkeit über den Verlauf der Sitzungen sind untersagt.“

Wir sind der Auffassung, dass es wichtig ist, die politischen Entscheidungsfindungen in unserer Stadt möglichst transparent und für die Bürger:innen nachvollziehbar zu gestalten. Mit der Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen ist in diesem Bemühen schon ein großer Schritt gelungen. Damit sich die Villacher:innen unabhängig und selbstständig noch besser über die politischen Prozesse in unserer Stadt informieren bzw. sich davon ein eigenes Bild machen können, schlagen wir nun vor, den nächsten Schritt zu setzen und auch die Ausschusssitzungen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In der gelebten Realität der Kommunalpolitik ist es bereits jetzt der Fall, dass immer wieder „Mitteilungen über den Verlauf der Sitzungen“ von Mitgliedern der Gremien an die mediale Öffentlichkeit getragen werden, obwohl das laut Stadtrecht nicht vorgesehen bzw. sogar untersagt ist. Die Öffnung der Ausschuss-Sitzungen für interessierte Bürger:innen könnte also einerseits diese Praxis der Parteien rechtlich legitimieren und würde andererseits auch die parteipolitisch motivierte, verzerrte Darstellung vom Verlauf von Ausschuss-Sitzungen erschweren bzw. verunmöglichen.



Verantwortung

ERDE

Um dies zu erreichen, ergeht folgender **Antrag**:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden damit beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um einen öffentlichen Zugang zu Ausschusssitzungen für interessierte Bürger:innen, wie vorangehend beschrieben, umzusetzen.

Bei der Ausarbeitung eines Vorschlages soll den individuellen Persönlichkeits-, Datenschutz- und Geheimhaltungs-Rechten Rechnung getragen werden. Gleichzeitig lautet die Zielsetzung, größtmögliche Transparenz für interessierte Bürger:innen zu gewährleisten.

Der daraus abgeleitete Umsetzungsvorschlag wird dem Gemeinderat als vorbereitete Resolution an das Land Kärnten vorgelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift:

Andreas Seberli

Tun

Daniela Koperunig

Kell

bfw